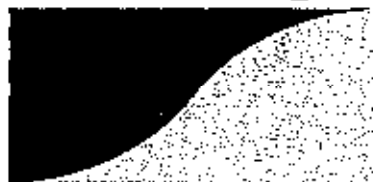


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Antje Huber MdB, Bundesfamilienministerin, setzt sich mit Norbert Blüms Familienpolitik auseinander: Alte Ware - neu verpackt.

Seite 1

Wolf Graf von Baudissin fördert, daß sich die sicherheitspolitischen Diskussionen an die Fakten hält: Patentlösungen gibt es nicht.

Seite 3

Olof Palme, Vorsitzender der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheitsfragen, skizziert die Situation der europäischen Sicherheitspolitik in den 80er Jahren: Wenig optimistisch.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

36. Jahrgang / 224

24. November 1981

Alte Ware - neu verpackt

Norbert Blüm liefert für alte CDU-Familienpolitik nur eine neue "unverblümete" Sprache

Von Antje Huber MdB, Mitglied des SPD-Präsidiums
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Unter dem schönen Titel "Die sanfte Macht der Familie" hat Norbert Blüm versucht, alten Inhalt in neuer Verpackung an den Mann zu bringen. Die Familie, so meint die CDU, kann und soll die Übel der modernen Gesellschaft heilen. Und dazu gehört die Frau in die Familie, damit sie richtig funktioniert. Tut sie es nicht, so wissen wir gleich, wo die Schuld liegt.

Blüm hat den großen Wirbel vor allem dadurch entfacht, daß er "ohne falsche Scham" diese ewigen Weisheiten konservativer Ideologie verkündet hat. Seine Kritikerinnen aus der Union waren ja nicht darüber entsetzt, daß Erziehungsgeld für Nichterwerbstätige, Ablehnung von Kinderkrippen und Ganztagschulen oder Kontrolle bestimmter Frauenhaus-Initiativen gefordert wurden, - das haben sie alle schon selbst mitbeschlossen - sondern darüber, daß Blüm offen aussprach, wozu die meisten Elemente der Unionsfamilienpolitik dienen sollen: Erwerbsarbeit bei Frauen wegen ihrer "eigentlichen Bestimmung" in eine untergeordnete Rolle abzudrängen.

Die Empörung der einen und das betretene Schweigen der anderen Vertreterinnen der CDU-Frauenvereinigung sind verständlich: Mit wieviel Mühe hatte man dieser Familienpolitik der Union mit Spruchbändern von Wahlfreiheit und Partnerschaft einen fortschrittlichen Anstrich zu geben versucht! Und nun schlägt der neue Berliner Senator für Bundesangelegenheiten und unangefochtene Vorsitzende der Christ-Demokratischen Ar-



beitnehmerschaft ganz andere Töne an. Mütterlichkeit als Verzicht und totale Aufopferung, das ist das alte Klischee von der Rollenteilung, die für die Männer immer so praktisch war, die robusten, leistungsorientierten, erfolgsbewußten Männer.

Zum Vater ist Norbert Blüm einschließlich der nachträglichen Einschübe nicht viel eingefallen. Das ist Kosmetik. Auf Väterlichkeit kann auch die neue Zeit verzichten - wie schon die von Blüm so sehnsüchtig heraufbeschworene gute alte Zeit darauf verzichtet hat, weil ja für den Binnenraum der Familie schließlich die Mutter zuständig ist. Ihr wird einseitig die Hauptverantwortung aufgebürdet, auch wenn da noch wie nebenbei vom "mütterlichen Vater" die Rede ist. Und damit auch niemand diese naturgegebenen Verhältnisse anzuzweifeln wagt, wird zur Verstärkung die Nivellierungstheorie ins Feld geführt: Frau und Mann, die Ungleichen. Die Unterschiede gehen weit über das Biologische hinaus. Wer daran rüttelt, wer die sicheren, bewährten Rollenbilder ändern will, der tut das nur zum Schaden der Frauen und vor allem der Kinder. Ein Vater, der nicht nur mal sonntags Hausarbeit macht, eine Mutter, die ihre Berufstätigkeit nicht bereitwilligst aufgeben will - sie verunsichern ihre Kinder und stören ihre Entwicklung! Blüms Antwort auf die Diskussion in der Jugend-, Friedens- und Ökologiebewegung ist die Forderung nach Rückkehr zur vermeintlichen heilen Familie vergangener Zeiten als einzigen Ausweg aus der Krise.

Mit realen Problemen, deren Lösung ansteht, hat dies nichts zu tun. Es ist bei der jüngeren Generation längst ein verändertes Rollenverständnis von Frauen und Männern da, das mehr Gemeinsamkeit im öffentlichen wie im privaten Bereich verlangt.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie für beide Eltern ist ein unübersehbares Thema, das eine Umorganisation der Arbeitswelt, flexiblere Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeitszeit und ein ausreichendes Angebot an familienergänzenden Betreuungseinrichtungen für Kinder verlangt. Das Bedürfnis nach ausreichenden Möglichkeiten qualifizierter Berufsarbeit für Frauen und Männer erfordert die Aufhebung des geschlechtsspezifischen Arbeitsmarktes und den Abbau von Lohndiskriminierung. Dies sind zum Teil sehr schwierige, aber notwendige Prozesse, die man mit Blümschen Vorstellungen weder aufhalten, noch umgehen kann. Mit Mütterlichkeit und Familiensinn hat das nichts zu tun. Denn mit der Forderung nach besseren Kombinationsmöglichkeiten zwischen Beruf und Familie wird kein Weg zur Aushöhlung der Familie gesucht, sondern nur gleiche Chancen für Lebenskonzepte bei Mann und Frau. (-/24.11.1981/vo-he/ca)

+

+

+



Patentlösungen gibt es nicht

Die sicherheitspolitische Diskussion muß sich an die Fakten halten
Von Professor Wolf Graf von Baudissin
Leiter des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg

Die Diskussion sicherheitspolitischer Fragen ist wieder in Gang gekommen: Das ist verständlich, sogar notwendig. Wir sollten uns dabei sowohl der Komplexität der Materie wie auch der problembedingten Subjektivität der Bedrohtheitsgefühle bewußt sein. Wer von wirklichkeitsfernen Voraussetzungen ausgeht und den wahrscheinlichen Folgen nicht genügend Aufmerksamkeit schenkt, schafft mehr Unsicherheit als Sicherheit.

Vielleicht ist es nützlich, diese Problematik mit Bemerkungen zu einigen Punkten des Aufrufs von Oskar Lafontaine zu illustrieren:

1. Lafontaine bezeichnet die Militärstrategie der NATO, die Flexible Response, als sicherheitspolitisches Konzept; das ist irreführend. Sie ist und bleibt ausschließlich eine Militärstrategie. Sicherheitspolitik als ein Teilkonzept der Entspannungspolitik umfaßt heute notwendigerweise weit mehr als nur den militärstrategischen Aspekt. Ihr Ziel ist die gesamtpolitische Stabilität, zu der natürlich auch die strategische gehört. Aber im deutlichen Gegensatz zur konfrontativen Politik des Kalten Krieges umspannt Sicherheitspolitik heute ein breites und oft widersprüchliches Band von innen- und sozial-, bündnis- und außen-, wirtschafts- und entwicklungs-, entspannungs- und rüstungspolitischen Faktoren.

Das Herauslösen der Abschreckung und ihre Überhöhung zu einer politischen Dominante erinnert an Militarisierung. Der Ansatz führt genauso in die strategische Irre wie der Versuch, bestimmte Ebenen aus der Abschreckungstriade beziehungsweise bestimmte Waffensysteme aus den Gesamtpotentialen herauszulösen und mit ihnen Taktik zu betreiben.

2. Westeuropäer und Amerikaner haben gemeinsam mit Osteuropäern und Sowjets ein ausgeprägtes nationales und damit internationales Sicherheitsinteresse: Sie alle wollen keinen Krieg; insbesondere keine nukleare Vernichtung; sie erstreben mit allerdings recht unterschiedlichen Konzepten ein friedlicheres Zusammenleben in gesicherter Existenz. Das ist ein eindeutiger Fortschritt gegenüber der Vergangenheit.

Die Förderung dieses Entspannungsprozesses ist seit dem Harmel-Plan vom Dezember 1967 erklärtes Ziel der NATO. Schon deshalb kann sich diese nicht als "antisowjetisches" Bündnis verstehen.

3. Zweck der NATO-Militärstrategie ist nicht die Führung eines nach Möglichkeit siegreichen Verteidigungskrieges; ein solcher würde auch bei ausschließlicher Anwendung nicht-nuklearer Waffen die Existenz Mitteleuropas als hochentwickelter Industrieregion beenden. Funktion der Flexible Response ist gegenseitige Abschreckung; Also Gewaltverzicht und Androhung von Gegengewalt zugleich. Selbst hier geht es also nicht um bloßen Antagonismus.
4. Diese Strategie besteht unverändert fort, wenngleich die zunehmend wichtiger werdende andere Militärstrategie, die Kooperative Rüstungssteuerung, auf Veränderung und Verringerung der Militärpotentiale, jedenfalls auf Behutsamkeit bei ihrer Modernisierung weist. Neue, zielgenauere und weiterreichende Waffensysteme erschweren zwar den Steuerungsprozeß; doch sie heben die Wirkung der gegenseitigen Abschreckung in keiner Weise auf. Allenfalls verändern sie die Bedrohtheitsituation auf beiden



Seiten, da nicht mehr Bevölkerungs- und Industriezentren an der Spitze der Ziel-
listen stehen, sondern die Bunker der politischen und militärischen Führung sowie
militärische Einrichtungen.

5. Es gibt Stimmen in den USA, auch in der Administration, die unter dem Eindruck der
Erfahrungen außenpolitischer Unsicherheit sowie der Nicht-Honorierung amerikanischer
Rüstungszurückhaltung nach Vietnam nunmehr verlangen, man müsse der Sowjetunion wie-
der zeigen, wer "Herr dieser Welt" sei. Ihnen gilt es, mit der klaren und unmißver-
ständlichen Gegenstimme Westeuropas zu antworten, daß Drohen und militärische Stärke
keine Möglichkeit mehr bieten, bestehende und kommende Konflikte zu regeln; daß es
vielmehr darauf ankommt, auf der Basis strategischer Stabilität gemeinsam gewalt-
freie Konfliktregelungswege zu entwickeln. Dieser Gegenstimme läßt sich nur im Chor
der Allianz Gehör verschaffen.

Der erste Erfolg war der Doppelbeschuß mit seinem Verhandlungsangebot - einer Novi-
tät im Rüstungssteuerungsprozeß. Auch die Tatsache, daß Präsident Reagan die Nulllösung
inzwischen zu seinem Verhandlungsprogramm machte, ist ein Indiz dafür, daß dieser An-
satz richtig ist. Hätte die Bundesregierung - dem Drängen bestimmter "Friedensbewe-
gungen" folgend - den NATO-Doppelbeschuß aufgekündigt, hätte sie nicht nur jede
Glaubwürdigkeit verloren, sondern auch jeden Einfluß auf die Bündnispartner beziehung-
sweise den Kreml. Es ist - wie man sieht - entscheidend, konstruktive Vorschläge in
das Bündnis wie auch in die Ost-West-Diskussion einzubringen, statt den Verhand-
lungsprozeß durch Vorurteile zu hemmen.

6. Wer eine nuklearwaffenfreie Bundesrepublik fordert, wünscht entweder, die Stationie-
rungsrisiken allein den verbündeten Nuklearstaaten aufzubürden und damit Mitsprache-
rechte, Bündnissolidarität und gemeinsames Friedensziel aufzugeben, oder er geht da-
von aus, daß Kriege doch nicht zu verhindern seien, und wenn schon, konventionell ge-
führt werden sollten. Beide Vorstellungen destabilisieren die bestehende Situation
und erhöhen die Kriegsgefahr, der wir als vermutlich Erstbetroffene unter allen Um-
ständen politisch begegnen müssen.
7. Gegenüber allen spezifisch deutschen Lösungen ist Skepsis geboten. Historisch ge-
sehen war es "großdeutsche Politik", die zur Teilung und zur Weltmachtgrenze mitten
durch Europa führte. Politisch betrachtet kommen wir nicht um die Tatsache herum, daß
bereits der Wunsch nach solcher Wiedervereinigung tiefsten Argwohn in allen west-
und osteuropäischen Gesellschaften hervorruft.

Inzwischen hat übrigens zunehmende internationale Interdependenz nationale Souveräni-
tät und Kompetenz allerorten spürbar eingeschränkt. Selbst die klassisch neutralen
Länder haben Schwierigkeiten, ihre gebotene Unabhängigkeit aufrechtzuerhalten. In
einen europäischen Krieg wären sie - sollte er ausbrechen - ebenfalls nach kurzer
Zeit verwickelt.

8. Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß wir nach Wegen suchen müssen, welche die
Existenz und Selbstbestimmung der Staaten nicht allein von der Glaubwürdigkeit ihrer
Abschreckungspotentiale abhängig machen, sondern von Interdependenzen aller Art weit
über die Lagergrenzen hinaus. An ihnen wird die Gemeinsamkeit entscheidender Interes-
sen evident. An ihnen erweist sich auch der Irrsinn aller Versuche, Konflikte mit
unfriedlichen Mitteln zu regeln. Der Weg zu diesem Ziel ist weit und mühselig; er
ist durch Ideologien, durch Vorurteile und durch vordergründige Gruppenegoismen und
auch durch Ungeduld verbaut. Hilfreiche Beiträge zu ihrer Räumung lassen sich nicht
aus dem Abseits, sondern nur aus dem Spielfeld selbst leisten. "Patentlösungen" gibt
es sicher nicht.

(-/24.11.1981/ks/ca)

+ + +



Wenig optimistisch

Europäische Sicherheitspolitik in den 80er Jahren

Von Olof Palme

Vorsitzender der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheitsfragen

Die Frage der europäischen Sicherheitspolitik ist zweifelsohne von entscheidender Bedeutung dafür, wie sich das Ende dieses Jahrhunderts gestalten wird. Es ist damit zu rechnen, daß wichtige Beschlüsse in den nächsten Jahren gefaßt werden. Eine lebhaft debattierte ist innerhalb und außerhalb der Parlamente im Gang. Diese Debatte und das Engagement der Bevölkerung ist eine Stärke. Es sind nicht mehr allein Sachverständige und Verteidigungspolitiker, die sich für die Fragestellung interessieren.

Was für ein Europa?

Die Auffassungen über die Gestaltung der europäischen Sicherheitspolitik gehen auseinander, was nicht erstaunlich ist. In gewissem Maße sind die Meinungsunterschiede darauf zurückzuführen, was man mit Europa meint und welche Perspektive man selbst hat.

Es ist üblich, den Begriff "Europa" zu verwenden, wenn man über diese Fragen spricht, obwohl man eigentlich nur einen Teil von Europa meint, nämlich Westeuropa. Warschau, Prag und Bukarest sind ebenfalls europäische Städte. Europa liegt zwischen dem Barentssee und dem Mittelmeer und erstreckt sich vom Atlantischen Ozean bis zum Uralgebirge. Es besteht aus Ländern, die verschiedene Lösungen ihrer Sicherheitsprobleme gewählt haben. Die Länder Europas vertreten verschiedene Gesellschaftssysteme. In diesem Weltteil sind drei politische Ideologien vertreten: die bürgerliche, der demokratische und reformistische Sozialismus und der Bolschewismus mit tiefen Wurzeln in den russischen gesellschaftlichen Verhältnissen.

Trotz aller Unterschiede sind die Länder und Völker Europas miteinander verbunden. Im Laufe der Geschichte haben sie in das gegenseitige Schicksal eingegriffen - durch Krieg, aber auch durch friedliche Zusammenarbeit.

In welcher eigenschaft sprech ich? Ich komme aus einem kleinen neutralen Land. Ich will mich nicht in die innerdeutsche Debatte einmischen, und ich habe keinen Anlaß, Gesichtspunkte über die Maßnahmen der Nato und des Warschauer Paktes zu haben, solange diese lediglich die Mitgliedstaaten dieser Pakte und die Menschen, die dort wohnen, beeinflussen.

Ich bin auch Vorsitzender einer unabhängigen internationalen Kommission für Fragen der Abrüstung und Sicherheit. In dieser Eigenschaft muß ich vorsichtig sein. Ich kann nicht im Namen der Kommission sprechen. Sie besteht aus 18 Mitgliedern aus verschiedenen Ländern und mit verschiedenen politischen Auffassungen. Wir haben uns gemeinsam zu einigen konkreten sicherheitspolitischen Fragen geäußert. Wir bereiten auch einen Schlußbericht mit Stellungnahmen und Vorschlägen vor, der im Frühjahr 1982 erscheinen soll. Ich kann deshalb heute nicht behaupten, die Kommission hätte zu verschiedenen Fragen diese oder jene Auffassung. Dagegen kann ich als allgemeine Charakteristik unserer Auffassung sagen:

- Wir sind für einen internationalen Dialog, zum Beispiel in Form der Salt-Verhandlungen, um die Rüstungen zu kontrollieren, zu begrenzen und zu vermindern.
- Wir sind keine Unilateralisten, das heißt wir sind der Ansicht, daß Abrüstung auf eine gegenseitig ausgeglichene Weise erfolgen muß.

Wir sind auch - und es ist traurig, dies hier betonen zu müssen, denn es sollte nicht zu einer zivilisierten Debatte gehören - kein Instrument für die Propaganda Breschnews, was in irgend einer Zeitung zu lesen war. Senn man sich für eine Fortsetzung der Salt-Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion ausspricht und dies zufälligerweise mit der Auffassung der Sowjetunion übereinstimmt, wird man, nach dem

McCarthyismus der 80er Jahre, ein willenloses Instrument der Politik des Kremls, sozusagen - "guilt by association".

Das Zentrum der militären Nachrüstung

Der politische und ideologische Konflikt zwischen den Supermächten in der Welt von heute hat seinen stärksten militärischen Ausdruck in Europa gefunden. Hier stehen die Bündnisse einander gegenüber, die Nato und der Warschauer Pakt. Die Supermächte, die zwei Staaten, die direkt die gewaltigen Kernwaffenarsenale kontrollieren, kommen hier in direkten Kontakt miteinander.

In Ost - wie auch in Westeuropa sind große konventionelle Streitkräfte aufgebaut worden. Insgesamt handelt es sich um etwa zwei Millionen Soldaten auf dem zentraleuropäischen Kontinent. Die konventionellen Waffen, über die diese Streitkräfte verfügen, sind modern und effektiv. Sollten diese Waffen angewendet werden, genügen sie an und für sich, um Europa wieder in Ruinen zu legen. Hinzu kommen dann die atomaren Waffen.

In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die militärische Kapazität aufgebaut, erneuert und weiterentwickelt. Daraus resultiert, daß wir heute in Europa ein Kriegspotential haben, das weit größer ist, als es dieser von Kriegen so heimgesuchte Kontinent je in seiner Geschichte erlebt hat.

Es droht die Gefahr, daß die 80er Jahre ein Jahrzehnt werden, in dem diese Vernichtungskapazität weiter ausgebaut wird. Soviel mir bekannt ist, existieren zur Zeit keine Pläne, die Rüstung zu vermindern. Im Gegenteil, man beabsichtigt, die militärischen Anstrengungen zu steigern. In der politischen Debatte gilt das größte Interesse den sogenannten Mittelstreckenraketen und den eurostrategischen Kernwaffen - die Terminologie wechselt. Die Sowjetunion führt gegenwärtig eine sogenannte Modernisierung durch, indem sie ihre SS-20 stationiert. In einigen Jahren wird die Nato ihren Beschluß über die Stationierung neuer Atomwaffen in Westeuropa verwirklichen. Sollte die Verhandlungen, die Ende dieses Monats in Genf eingeleitet werden, zu keinem Resultat führen, ist demzufolge zu erwarten, daß Europa gegen Mitte der 80er Jahre eine weitere Runde im Wettüsten beendet haben wird.

Ich werde nicht auf die Frage eingehen, wer die Initiative zu dieser Aufrüstung ergriffen hat. Stattdessen will ich darauf hinweisen, wie die Lage sein wird, wenn die neuen SS-20-Raketen, die Cruise Missiles und die Pershing 2 an ihren Plätzen sein werden. Beide Seiten werden eine wirkliche Bedrohung von der anderen Seite empfinden.: Von Gesichtspunkt des Westens hat sich der Osten weniger empfindliche und effektivere Kernwaffen angeschafft, deren einzige Aufgabe es ist, Ziele in Westeuropa zu erreichen. Und vom Gesichtspunkt des Ostens ist die Bedrohung durch die Pershing 2 und die Marschflugkörper im Westen ebenso offensichtlich. Der Osten fürchtet die Marschflugkörper, die auf den Radarschirmen nicht zu sehen sind, und manchmal wird darauf hingewiesen, daß sie dem Westen eine "Erstschlagkapazität" verleihen. Das Motiv der Nachrüstung ist, Krieg zu vermeiden. Wir wollen keine Kernwaffen verwenden, und deshalb müssen wir mehr davon anschaffen, um den Gegner vom Kernwaffeneinsatz abzuschrecken. Um uns selbst zu verteidigen, müssen wir bereits sein, uns selbst zu vernichten - gleichzeitig mit dem Gegner. Das ist die Logik der Abschreckung. Und gewissermaßen haben wir die MAD-Doktrin von globaler auf europäische Ebene übertragen. Aber europäischer Ebene sind die Vorwarnzeiten nur vier bis fünf Minuten.

Europa kann keinen Kernwaffenkrieg überleben

Die militärische und strategische Debatte wird mit großer Selbstsicherheit geführt. Man macht Szenarios: "Wenn A so handelt, antwortet B mit einer Maßnahme, die zu einem gewissen Resultat führt." "Die Abschreckung hat den Frieden bewahrt." Aber der grundlegende Ausgangspunkt ist ja die fundamentale Unsicherheit, die hinsichtlich Kernwaffen herrscht. Glücklicherweise fehlt uns die Erfahrung eines Kernwaffenkrieges. Kein Mensch kann beweisen, daß die eine oder andere Doktrin zu dem behaupteten Resultat führt. Vermutlich wird nichts plannäßig verlaufen, wenn es je zu einem Kernwaffenkrieg kommen sollte. Das ist das einzige, was wir voraussetzen können. Wir wissen nicht mit der geringsten Sicherheit, was geschehen wird. Aber wir wissen, daß die Katastrophe eine Tatsache ist, wenn nur ein Bruchteil der Waffenarsenale zur Anwendung kommt.

Ich habe wohl eine gewisse Übung in politischer Beschlußfassung, die gesellschaftsbezogene Konsequenzen hat. Persönlich finde ich es schwer zu begreifen, wie man sich vorstellen kann, daß ein Atomkrieg zu begrenzen wäre. Wir müssen verhindern, daß ein Atomkrieg zu begrenzen wäre. Wir müssen verhindern, daß der Krieg überhaupt beginnt und uns

nicht der Hoffnung hingeben, daß dem Krieg Einhalt geboten werden kann, wenn zehn, 100 oder 1.000 Bomben eingesetzt worden sind. Die Gedanken über einen begrenzten Atomkrieg sind für Europa besonders gefährlich.

Zentraleuropa ist ein dichtbevölkertes Gebiet. Auf dem europäischen Kontinent und in Großbritannien liegen einige der großen Ballungsgebiete der Welt. Es handelt sich um hochentwickelte Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften mit einer komplizierten und verwundbaren Struktur. Was würde ein begrenzter Kernwaffenkrieg für diese Staaten bedeuten?

Es ist vielleicht leichter eine Theorie über die Möglichkeiten der Begrenzung eines Atomkriegs zu entwickeln, je weiter weg man von Europa kommt. Befindet man sich aber in Europa und sieht die Menschen in friedlicher Arbeit, sieht ihre Heime und Arbeitsplätze, sieht die alten Städte, dann schnürt sich einem das Herz zusammen, wenn man versucht sich vorzustellen, wie sich das Dasein nach einem begrenzten Atomkrieg gestalten würde.

Furchterregend ist auch, daß die Waffenentwicklung im Bereich der atomaren Waffen mehr und mehr auf einen begrenzten Atomkrieg eingestellt ist. Die Bomben sind kleiner und ihre Treffsicherheit ist größer. Sogenannte taktische Kernwaffen - Definitionen und Terminologien variieren hier - sind dafür bestimmt, im Krieg wirklich verwendet zu werden, sie sind für "early use" - für frühe Verwendung gedacht. Die Neutronenbombe ist eine Waffe mit diesen Eigenschaften. Das Motiv für diese Kernwaffen ist, die Abschreckung auf allen Ebenen glaubwürdig zu machen und dadurch den Krieg zu verhindern.

Die Eskalationsleiter bekommt dadurch mehrere Stufen. Wir bekommen Waffen, die im Krieg verwendet werden sollen, im Gegensatz zu Waffen, die vor dem Krieg abschrecken sollen.

Ich will deshalb die Behauptung aufstellen, daß die Schwelle der Kernwaffen dadurch niedriger und die Kriegsgefahr größer wird, anstatt die Abschreckung glaubwürdiger zu gestalten. Und die Beweislast trägt derjenige, der die neuen Waffen einführen will.

Die politische Spannung in Europa hat sich verringert

Gleichzeitig mit dieser fortdauernden Anhäufung von Soldaten und Waffen in Europa, gleichzeitig mit dem Einsatz dieser enormen Summen für die gegenseitige Verteidigung, hat Europa auch eine andere Entwicklung durchgemacht.

Diese Entwicklung bezieht sich auf politische Entspannung und größere Zusammenarbeit zwischen den Staaten Europas.

Im großen und ganzen war Europa frei von Konflikten, bei denen militärische Mittel eingesetzt wurden. Es gibt jedoch einige Ausnahmen. In Nordirland ist seit vielen Jahren ein bewaffneter Konflikt im Gang. In Osteuropa hat die Sowjetunion zweimal mit militärischen Mitteln eingegriffen: 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei. Ferner ist ein politischer Konflikt auf Zypern ausgebrochen, der zwei Nato-Alliierte, Griechenland und die Türkei - berührte. Im Übrigen blieb Europa seit 1945 von Krieg verschont. Das, was sich tatsächlich ereignet hat, spielte sich innerhalb der Bündnisse und nicht zwischen diesen ab.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Handel zwischen den Ländern Europas haben sich verstärkt. Dies bezieht sich nicht nur auf Westeuropa und die neutralen Staaten. Auch zwischen Ost und West haben sich die Wirtschaftsbeziehungen intensiviert. Die kulturellen Kontakte haben sich ebenfalls entwickelt. Ich wage zu behaupten, daß Ost- und Westeuropa heute viel mehr voneinander wissen, einander weniger fremd sind als vor nur zehn Jahren.

In Europa konnten schwierige und für die Entwicklung entscheidende politische Probleme gelöst werden. Ich denke an die Frage der Grenzen Deutschlands, die viele Jahre nach dem Krieg nicht geregelt war, sowie die innerdeutschen Beziehungen. Diese Ostpolitik der Regierung Brandt war von historischer Bedeutung. Diese Politik war ein Ausdruck des besseren politischen Klimas, und schaffte wiederum eine neue und bessere Ausgangslage für die gemeinsame Entwicklung in Europa.

Deshalb kann - trotz Rückschlägen und der Verschlechterung der internationalen Lage in den letzten Jahren - nicht verneint werden, daß das politische Klima in Europa und zwischen den europäischen Ländern heute besser ist als vor dreißig Jahren.

Die politische Entspannung, die wirtschaftliche Zusammenarbeit, der kulturelle Austausch, die zwischenmenschlichen Kontakte - all dies hat auf militärischem Gebiet nicht seinesgleichen. Einem Außenstehenden könnte es scheinen, daß die militärische und politische Wirklichkeit keine Korrelation hätten. Die militärischen Pläne wurden entwickelt, die Rüstungen wurden auf beiden Seiten fortgesetzt, gleichsam eine Bestätigung der These Eisenhowers über einen militärischen und industriellen Komplex. Die politische Entspannung war eine Tatsache, ungeachtet dessen konnte aber keine militärische Entspannung in Form einer tatsächlichen Abrüstung festgestellt werden. Infolgedessen haben wir heute in Europa ein Rüstungsniveau, das mit den realen Konflikten und Widersprüchen zwischen den in Europa lebenden Völkern nicht übereinstimmt.

Vielleicht ist das damit zu erklären, daß die Gegensätze und die Rivalität zwischen den Supermächten weiterbestanden. Der mühsame und empfindliche Salt-Prozeß kam in Gang. Beide Seiten haben anerkannt, daß sie eine gemeinsame Verantwortung für die Sicherheit übernehmen müssen und daß es nutzlos sei, eine Überlegenheit im Bereich strategischer Waffen anzustreben. Diese Erkenntnisse gingen jedoch irgendwie verloren, und die Supermächte gingen abermals zu einem Verhaltensmodell über, das aus der Zeit vor der Entspannung der siebziger Jahre herrührte.

Die Sicherheit Europas - das ist eine mit den Tatsachen übereinstimmende Feststellung und nicht ein Werturteil - ist so eng mit der der Supermächte verbunden, daß eine größere Zusammengehörigkeit zwischen den Völkern Europas zu keiner Verringerung der Rüstung in Europa führen kann, wenn sich nicht gleichzeitig eine Entspannung zwischen den Supermächten vollzieht. Entweder versuchen die kleinen und mittelgroßen Länder Europas, eine politische Annäherung zwischen den Supermächten herbeizuführen, oder auch versucht man, die europäischen Probleme und die Probleme der Supermächte jedes für sich zu lösen. Meiner Meinung nach gibt es in Europa zwei Probleme, denen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte.

Das Verhältnis der Sowjetunion zu ihren Verbündeten

Das eine Problem ist das Verhältnis der Sowjetunion zu den Ländern Osteuropas. Die Volksdemokratien in Osteuropa wurden seinerzeit unter der Schirmherrschaft der sowjetischen Okkupationsmacht geschaffen. Ungeachtet der sowjetischen Beweggründe, sich einen Sicherheitspuffer zu verschaffen, erfreuten sich diese Regime keiner Unterstützung bei den jeweiligen Völkern. Dort aber, wo diese Regierungsform bei den Völkern eine Verankerung fand, ging diese rasch verloren. Diese Länder hatten seither unter Wirtschaftsproblemen, politischer Unfreiheit und einer steifen Bürokratie zu leiden.

In regelmäßigen Abständen sind politische Krisen ausgebrochen, die Europa und die Weltlage bedrohen: Ungarn, die Tschechoslowakei und nun Polen.

Was wird das Resultat der Entwicklung in Polen sein? Niemand weiß das. Wir wünschen aber mit aller Intensität, daß das polnische Volk seine Reformen ohne Einmischung von außen durchführen kann.

Wo aber wird die nächste Krise ausbrechen, und wann? Denn die Entwicklung in Osteuropa steht nicht still. Die gesellschaftliche und politische Entwicklung kann man nicht einfrieren. Die eine Veränderung anstrebenden Kräfte sind nicht aufzuhalten, unerbittlich drängen sie vorwärts. Deshalb muß Osteuropa eine Form der fortlaufenden Veränderung finden, anstatt dieser Eruptionen, die alle zehn Jahre ausbrechen.

Die Sicherheit in Europa hängt in den kommenden Jahren stark von dieser Entwicklung ab. Und bei unseren Überlegungen in Westeuropa, unabhängig davon, ob wir neutral sind oder das Privilegium haben, politische Ratschläge von Ronald Reagan oder Caspar Weinberger zu erhalten, - müssen wir diese Perspektive immer in Erinnerung behalten. Was können wir tun, um diese fortdauernde Veränderung in Osteuropa zu unterstützen? Eines der Mittel ist eine wachsende wirtschaftliche Zusammenarbeit und Erweiterung der Kontakte. Wir können aber auch durch ein größeres Vertrauen, das die Veränderung der Sicherheit nicht bedroht, dazu beitragen.

Die wirtschaftliche Unsicherheit

Das zweite Problem ist die Wirtschaftskrise, die einen negativen Einfluß auf die Sicherheit in Europa hat.

Seit vielen Jahren gibt es ernste Wirtschaftsprobleme: schwacher Zuwachs der Wirtschaft, zeitweise direkte Stagnation, neuer Protektionismus, hohe Inflation und rekordhohe

Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig mit Millionen Arbeitslosen, wird die Inflation in gewissen Ländern in zweistelligen Zahlen ausgedrückt. Dies hat tiefe sozialen Folgen. Arbeitslosigkeit und Inflation führen zu großen Umverteilungen der Einnahmen. Jugendliche werden besonders hart betroffen.

Dies wiederum führt zu Gegensätzen, die das Zusammengehörigkeitsgefühl einer Nation, das einen wichtigen Bestandteil der nationalen Sicherheit darstellt, beeinträchtigen. Und was geschieht mit dem Vertrauen für die repräsentative Demokratie? Was denkt man über uns Politiker? Man sagt vielleicht von uns, wir seien nicht imstande, die Wirtschaftskrise zu lösen. Gleichzeitig bewaffnen wir uns bis an die Zähne, können keine Antwort auf die Probleme der Sicherheit finden als noch mehr Waffen. Und dennoch erhöht sich das Gefühl der Sicherheit weder bei den Einzelpersonen noch bei den Nationen.

Durch die Wirtschaftsprobleme werden unsere Gesellschaften empfindlicher sowohl nach innen wie nach außen. Die wirtschaftliche Unsicherheit wird in den achtziger Jahren vielleicht zu einer größeren Gefahr werden als die militärische.

Meine Reflexionen in einigen Schlußfolgerungen:

Erstens: Im Atomzeitalter kann ein Land in Europa auf eigene Faust, ohne Rücksicht auf andere, keine absolute militärische Sicherheit erlangen. Einmal fühlte sich England von der See geschützt, die es beherrschte. Die Vereinigten Staaten lebten eine gewisse Zeit mit dem Gefühl derselben Sicherheit. Heute können Kernwaffen jedes Ziel erreichen. Und es gibt keine absolut sichere Verteidigung gegen Kernwaffen. Schließlich sind alle durch einen Kernwaffenangriff verwundbar.

Dieser fundamentale Zusammenhang bewirkt, daß die Länder Europas nicht gegeneinander, sondern in Zusammenarbeit miteinander Sicherheit suchen müssen.

Zweitens: Dies bedeutet wiederum, daß wir in den achtziger Jahren durch politischen Dialog, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit, politische Maßnahmen, die das Vertrauen steigern, mehr Sicherheit gewinnen können als durch eine Fortsetzung des Wettrüstens. Die militärischen Mittel sind als Möglichkeit zur Steigerung der Sicherheit erschöpft. Worauf wir eventuell hoffen können, ist die Aufrechterhaltung der Sicherheit durch militärische Mittel. Was uns aber aller Wahrscheinlichkeit nach droht, ist eine größere Unsicherheit durch fortgesetztes Wettrüsten.

Drittens: Das bedeutet jedoch nicht, daß ich eine einseitige Abrüstung befürworte. Keineswegs. Ein begründetes und anerkanntes militärisches Gleichgewicht ist ein Bestandteil des Vertrauens.

Viertens: Die Sicherheit können wir nicht allein vom militärischen Blickwinkel betrachten. Wirtschaftsprobleme beeinträchtigen unsere Sicherheit, und dies können wir nicht durch größeres Nachrüsten wettmachen. Der Sicherheitspolitik muß gesellschaftliche Gemeinschaft und eine breite Unterstützung der Sicherheitspolitik zugrunde liegen.

Erlauben Sie mir noch abschließend festzustellen, daß ich, was die achtziger Jahre betrifft, kein Optimist bin. Die Probleme sind unerhöht schwierig. Es ist leicht zu verzweifeln. Bei vielen Menschen sind heute Züge der Resignation zu beobachten, eine Flucht ins Privatleben, ein Gefühl, daß unsere gemeinsamen Angelegenheiten nicht zu beeinflussen sind. Vielleicht auch ein Glaube, daß unser Schicksal in jedem Fall besiegelt ist.

Von diesen Stimmungen müssen wir loskommen. Und dies ist vor allem eine Frage des Mutes, politisch zu handeln. (*/24.11.1981/hj/ca)

+ + +